

25.09.2020

Lokale Organisationen und Vereine fordern Stadtregierung Mannheim in offenen Brief auf, die Bundesregierung unter Druck zu setzen, um den Menschen in Moria zu helfen

- > **Es wird die sofortige Evakuierung der Menschen des Lagers auf Lesbos gefordert, insbesondere in Anbetracht des Brandes im Lager vor 2 Wochen und dem Corona-Ausbruch im Camp Anfang September**
- > **Viele Organisationen, Vereine, Politiker und Bewohner Mannheims bieten seit Monaten aktiv Hilfe an**
- > **Die Bundesregierung blockierte bis vor kurzem jegliche Aufnahmebereitschaft und lässt auch jetzt nur Geflüchtete mit schon akzeptiertem Asylantrag ins Land, die restlichen Menschen hängen perspektivlos und ohne feste Lebensunterkunft und Versorgung auf der überfüllten Insel fest**
- > **Unterzeichner fordern die Zusammenarbeit von Mannheim mit anderen aufnahmebereiten Kommunen und Städten, um den Druck auf den Bund zu erhöhen**

Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Kirchenvertretern, städtischen Vereinen und Aktivisten hat sich in einem offenen Brief zusammengeschlossen, um dringende Forderungen an die Stadtregierung zu stellen.

Nach dem Niederbrennen des Flüchtlingslager Moria sehen die Unterzeichner besonders große Pflicht zu Handeln. Schon vor dem Brand teilten sich in dem für 3.000 Menschen gebauten Lager jeweils mehrere tausend Menschen einen Hahn für frisches Wasser. Unzureichende Hygienemöglichkeiten und die Überfüllung des Lagers mit über 12.000 Menschen warfen schon früh alarmierende Zeichen auf. Als dann die Covid-19 Pandemie den europäischen Kontinent erreichte, versuchten freiwillige Helfer und Hilfsorganisationen, auf die sich anbahnende Katastrophe in Moria aufmerksam zu machen. Die unzureichenden Abstands- und Hygienemöglichkeiten gepaart mit fehlender medizinischer Unterstützung riefen auch politische Akteure auf den Plan, die

anfangen Alarm zu schlagen. Ohne Erfolg.

“Man denkt sich nach einem massiven Brand, dem Rumirren Tausender ohne Obdach oder Essen auf der Insel und dann auch noch dem ersten Coronafall, dass es nicht viel schlimmer werden kann“, erzählt Manuel Mollenhauer, einer der Verfasser des Briefes, “doch dann erreichen einen die Berichte, dass im Übergangslager mit 30% Kindern, Soldaten nach alten, noch im Boden vergrabenen Minen suchen, weil besagtes Lager auf einem alten Militärübungsplatz aufgebaut worden ist. Bei allem Verständnis zur Diskussionskultur, hier hätte das Rumdiskutieren schon vor Wochen aufhören sollen. Wir haben Verantwortung für diese absehbare Katastrophe. Jeder einzelne Mensch muss aus diesem Lager sofort in Sicherheit gebracht werden.“

Auch nach den Feuern zeigte die Politik der Bundesregierung keinerlei, bedeutende Veränderung auf und sie weigerte sich weiterhin die Menschen auf Moria systematisch aus dem nun abgebrannten Camp zu retten. Aus der Not heraus setzten sich Herr Mollenhauer, von Volt und Jan Kraus, von der Unicef Hochschulgruppe zusammen, um Organisationen zu kontaktieren.

Durch die Hilfe von “Seebrücke“ und “Save Me“ konnte ein breites Bündnis aus Unterstützern für den offenen Brief geschaffen werden, die gemeinsam die Stadtregierung dazu aufrufen, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen.

- Amnesty International HSG
- Caritasverband Mannheim e.V.
- Dekan Karl Jung, Katholische Kirche Mannheim
- Dekan Ralph Hartman, Evangelische Kirche Mannheim
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Mannheim e.V.
- DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) Kreisverband Mannheim/Rhein-Neckar
- Leselernhelfer e.V.
- Save Me Mannheim – eine Stadt sagt ja
- Seebrücke Mannheim
- Stadtjugendring Mannheim e.V.
- Unicef Mannheim HSG
- Volt Baden-Württemberg

Dieser Aufruf soll mit anderen Städten und Kommunen koordiniert werden, denn die lokalen Regierungen sind größtenteils für eine Aufnahme der Schutzsuchenden von Moria. Die einzige Blockade sehen die Verfasser in der Bundesregierung und um diese zu brechen ist eine Zusammenarbeit der Organisationen, Bewohnern und lokalen Regierungen essenziell.

Nach einer Welle von Protesten und Druck, mittlerweile sogar von einer kleinen Gruppe aus

der Unionspartei, hat die Bundesregierung schon einen ersten Schritt gemacht. Über 1.500 Schutzsuchende sollen aufgenommen werden. Diese haben jedoch sowieso schon einen akzeptierten Asylantrag und die restlichen knapp 9.000 Menschen müssen immer noch in katastrophalen und lebensgefährlichen Umständen auf der Insel verweilen.

Mit dem offenen Brief und den Forderungen hoffen die Unterstützer klar zu machen, dass sie bereit sind zu helfen und dass die Stadt ihre politische Kraft und Möglichkeiten zur Kooperation in Zukunft stärker nutzen muss, um die leidenden Menschen aus Moria endlich retten zu können.

Ansprechpartner: Manuel Mollenhauer (manuel.mollenhauer@volteuropa.org)